

Antrag 301/I/2026**Neukölln****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Für eine starke Sozialversicherung: Der Bund darf sich nicht bei den Versicherten bedienen**

1 Wir fordern die SPD-Abgeordneten im Deutschen Bundes-
2 tag auf, alles dafür zu tun, dass der Bund Mittel für versich-
3 cherungsfremde Leistungen an die gesetzliche Kranken-
4 und die gesetzliche Rentenversicherung nicht kürzt, so
5 wie er es derzeit im Entwurf für eine Gesundheitsreform
6 (GKV-Finanzstabilisierungsgesetz) sowie Berichten zufol-
7 ge im Haushaltsgesetz plant.

8
9 Zudem fordern wir die Abgeordneten auf, die Gesund-
10 heitskosten von Grundsicherungsbeziehenden (ehemals
11 Bürgergeldbeziehenden) zukünftig aus Steuermitteln zu
12 finanzieren und dabei einen deutlich höheren jährlichen
13 Betrag als 250 Mio. Euro (bei geschätzten anfallenden Jah-
14 reskosten von 12 Milliarden Euro!) anzusetzen.

15
16

17 Begründung

18 Beide Gesetze sehen vor, dass der Bundeshaushalt saniert
19 wird, in dem Gelder für versicherungsfremde Leistungen
20 an die gesetzliche Kranken- und die gesetzliche Renten-
21 versicherung gekürzt werden. Dieses Vorgehen ist unsoli-
22 darisch und unsozial. Wenn gesetzlich Versicherte (und ih-
23 re Arbeitgebenden) für versicherungsfremde Leistungen
24 zahlen, werden aufgrund der Beitragsbemessungsgrenze
25 hohe Einnahmen besonders geschont sowie Versicherte
26 in der privaten Krankenversicherung und Beamte entlas-
27 tet. Überdurchschnittlich belastet werden die Menschen,
28 für die die SPD angeblich Politik machen will – „die hart
29 arbeitende Mitte“.

30 Seit Jahren fordert die SPD per Beschluss und in Koalitions-
31 verträgen, dass die Gesundheitskosten von Bürgergeldbe-
32 ziehenden (früher ALG II Beziehende, heute Grundsiche-
33 rungsbeziehende) aus Steuermitteln zu finanzieren ist, da
34 es sich um eine versicherungsfremde Leistung handelt.
35 Jährlich fallen dafür bei der GKV rund 12 Milliarden Euro
36 an, die die Beitragszahlenden (vorrangig die Versicherten
37 und ihre Arbeitgebenden) leisten. Seit letztem Jahr klagen
38 GKV-Spitzenverband und Krankenkassen vor dem Landes-
39 sozialgericht NRW auf die Zahlung dieses Geldes. Der nun
40 vom Bund versprochene Einstieg einer Zahlung von 250
41 Millionen Euro ist angesichts der jährlichen Kosten von 12
42 Milliarden Euro lächerlich, zumal diese Finanzierung von-
43 seiten des Bundes nur befristet ist und gleichzeitig der
44 Bund dauerhaft der GKV zwei Milliarden Euro jährlich ent-
45 ziehen will. So wird Bundeshaushalt entlastet und Versi-
46 cherte sowie deren Arbeitgebende belastet. Das ist unge-
47 recht und dringend zu ändern.